

An
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
(vorab per E-Mail an marktregeln@e-control.at)

Wien, am 20.04.2012

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wien Energie GmbH sowie die Wien Energie Vertriebs GmbH & Co KG (in Folge gemeinsam: **Wien Energie**) bedanken sich für die Möglichkeit zum vorliegenden Entwurf der Verordnung des Vorstandes der E-Control zu Regelungen zum Gas-Marktmodell (**Gas-Marktmodell-Verordnung 2012**) Stellung zu nehmen. In einem Gespräch mit E-Control zum vorliegenden Entwurf konnten einige der offenen Fragen besprochen werden, diese werden jedoch im vorliegenden Schreiben im Sinne einer kompletten Stellungnahme nochmals festgehalten.

Ganz grundsätzlich ist fraglich, ob nicht bei Erlass einer Verordnung im vorliegenden Umfang gemäß § 41 Abs 2 und Abs 3 GWG 2011 zuvor das Inkrafttreten des Netzkodex abzustellen ist.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs im Detail:

- **§ 4 Kapazitätsbündelung**

Die derzeit angedachte Ausnahme für Altverträge in Bezug auf gebündelte Kapazitäten in § 4 Abs 2 führt zu einer Benachteiligung der Versorger, welchen gemäß § 170 (7) GWG 2011 per 1.1.2013 die gebuchten Einspeisekapazitäten der OMV Gas GmbH übertragen werden. Durch die verpflichtende Übernahme erhalten die Versorger lediglich ungebündelte Kapazitäten (nur Einspeisekapazität in das österreichische Marktgebiet) ohne korrespondierende Ausspeisekapazität aus dem ausländischen Netz. Ab 1.1.2013 werden neue Kapazitätsverträge allerdings nur mehr für gebündelte Produkte abgeschlossen. Daher besteht die Gefahr, dass es hinsichtlich ungebündelter Produkte zu Liquiditätsproblemen am Sekundärmarkt kommen kann.

- **§ 6 Kapazitätsszuweisung**

Hinsichtlich der Regelungen zur Kapazitätsszuweisung in § 6 Abs 3 bestehen Bedenken hinsichtlich der ausreichenden Determinierung der unmittelbar anwendbaren Verordnung. Da keine genaue Uhrzeit für die Versteigerung von Day Ahead-Kapazitäten gemäß § 11 angeführt wird, ist für die Marktteilnehmer unklar ob ausreichend Zeit für Handelsaktivitäten gewährleistet ist. Die Beendigung der Auktion um 17.00 Uhr, wie derzeit im ENTSOG CAM Network Code festgehalten, scheint aus Sicht der Wien Energie zu spät, da die relevanten europäischen Erdgasmärkte um 18.00 Uhr schließen und die Liquidität gegen 18.00 Uhr erheblich abnimmt. Es bleibt daher wenig Zeit nach Erwerb der Kapazität sich am Gasmarkt mit den entsprechenden Gasmengen einzudecken.

Ein ausschließlich in den Erläuterungen vorgenommener Verweis auf den ENTSOG CAM Network Code, reicht dabei nicht aus, um Rechtssicherheit für die Marktteilnehmer zu gewährleisten.

- **§ 8 Vertragslaufzeiten**

Die Erläuterungen zu § 8 stimmen in Bezug auf die Vertragslaufzeiten (bis zu zwei Jahren und bis zu vier Jahren) sowie in Bezug auf die Prozentgrenzen (35%) nicht mit den Bestimmungen in § 8 überein. Ebenso sind die in § 8 Abs 2 letzter Satz angesprochenen 35% nicht nachvollziehbar. Nach Ansicht der Wien Energie handelt es sich um ein redaktionelles Versehen, welches entsprechend korrigiert werden sollte um Unklarheiten zu vermeiden.

- **§ 10 Sekundärmarkt für Ein- und Ausspeisekapazitäten**

Zu den Bestimmungen hinsichtlich der Online-Plattform für das Angebot von Kapazitäten in § 9 erlaubt sich die Wien Energie anzumerken, dass weder im Verordnungstext noch in den Erläuterungen darauf eingegangen wird, auf welcher rechtlichen Basis die Geschäfte, welche über die Online Plattform abgewickelt werden sollen, tatsächlich zustande kommen. Eine Klarstellung, inwiefern die Käufer von Kapazitäten in bestehende Vertragswerke eintreten können, ist dringend erforderlich. Es muss gewährleistet sein, dass alle Varianten von Kapazitäten in Form von Standardprodukten gehandelt werden können.

Die Festlegung in § 10 Abs 1 wonach der Anbieter von Kapazität den Preis, zu dem der Kapazitätshandel über die Handelsplattform abgewickelt wurde, - logischerweise nur im Nachhinein möglich – zu veröffentlichen hat, führt zu einem erheblichen administrativen Aufwand für den Anbieter. Die Veröffentlichungspflicht sollte – sofern ein automatisierter Ablauf nicht möglich ist – jedenfalls den Betreiber der Onlineplattform und nicht die Anbieter von Kapazitäten treffen.

Die Beschränkung des Entgelts für Kapazitätsverkäufe auf der Sekundärplattform in Zi 3 und Zi 4 stellt einen Eingriff in den Marktmechanismus dar und wird daher von Wien Energie abgelehnt.

- **§ 11 Nominierungs- und Renominierungsregeln**

§ 11 Abs 10 zweiter Satz bezieht sich nach dem Verständnis der Wien Energie, nicht auf gemäß § 6 Abs 3 vergebene Day Ahead-Kapazitäten, weshalb angeregt wird, die Bestimmung, wonach eine Renominierung von Day-Ahead-Kapazitäten nach 20 Uhr ausgeschlossen ist, zu § 11 Abs 3 bzw. in einen neuen Absatz zu verschieben.

Bezüglich § 11 Abs 12 bedarf es einer Klarstellung, welche Kapazitäten durch den Fernleitungsnetzbetreiber angeboten werden. Darüber hinaus wird in keiner Weise auf die Erlöse für den Fernleitungsnetzbetreiber eingegangen, welche durch die Veräußerung dieser Kapazitäten lukriert werden.

Wien Energie weist darauf hin, dass es den in § 11 Abs 12 angesprochenen § 6 Abs 4 im vorliegenden Entwurf nicht gibt, weshalb eine Richtigstellung des Verweises erforderlich ist.

- **§ 12 Langfristiges Use-it-or-lose-it**

Bei den Bestimmungen zu den Ausnahmen des langfristigen Use-it-or-lose-it in § 12 Abs 3 ist eine Klarstellung dringend erforderlich, dass der schriftliche Nachweis vom Netzbutzer binnen 14 Tagen „nach schriftlicher Ankündigung des Entzugs“ zu erfolgen hat. Ansonsten sind Unklarheiten, ab welchem Zeitpunkt die zweiwöchige Frist zur Darlegung des Nachweises beginnt, zu erwarten.

- **§ 18 Grundsätze des Bilanzierungssystems**

Wien Energie lehnt die durch den vorliegenden Entwurf einzuführende Tagesbilanzierung für Endverbraucher unter 50.000 kWh/h gemäß § 18 Abs 5 iVm Abs 6 ab, da dadurch ein Mischsystem geschaffen wird, welches zu Zweigleisigkeiten und komplexen Bilanzierungsabläufen führt. Die neue Systematik führt zu einer Gesamtverschlechterung des status quo, ohne dass klare Vorteile ersichtlich sind.

Die dadurch bewirkte Änderung der Bilanzierungssystematik steht nach Erachten Wien Energies den bestehenden Bestrebungen zur Steigerung der Energieeffizienz auf europäischer und nationaler Ebene entgegen. Durch die Umstellung auf Tagesbilanzierung für einzelne Kundengruppen sind für Wien Energie keine klaren Vorteile erkennbar, im Gegenteil wird befürchtet, dass das System durch die Vereinfachung auf Tagesbänder destabilisiert wird und bisherige Investitionen zur Sicherstellung der Systemintegrität obsolet werden.

Die Verlängerung der Vorlaufzeit für Fahrpläne und Nominierungen von 1 Stunde auf 2 Stunden laut §18 Abs 7 verschlechtert die Prognosegüte spürbar und ist nicht im Sinne einer Effizienzverbesserung und wird daher seitens Wien Energie abgelehnt.

Hinsichtlich § 18 Abs 8 hält die Wien Energie eine Klarstellung für dringend erforderlich, dass eine Übertragung von Gasmengen in Speichern sowie zwischen verschiedenen Speichern zwischen Bilanzgruppen auch abseits des Virtuellen Handelspunktes nach wie vor möglich ist.

Die „getrennten Bilanzgruppen“ nach § 18 Abs 10 sind vom Gesetzgeber klar von Bilanzgruppen iSd § 7 Abs 1 Z 4 GWG 2011 zu differenzieren, um insbesondere eine Abgrenzung von den Regelungen nach § 18 Abs 8 zu ermöglichen. Die allgemeinen Regelungen zu Bilanzgruppen sind auf die aufgrund der Bilanzierungsregeln künstlich zu bildenden Untergruppen nach § 18 Abs 10 nicht anzuwenden. Eine eindeutige Unterscheidung in der Terminologie ist unbedingt notwendig. Die Bildung von „Untergruppen“ innerhalb von bestehenden Bilanzgruppen ist aus Sicht von Wien Energie ausreichend um den gewünschten Zweck der differenzierten Fahrpläne für Tages- und Stundenbilanzieren zu gewährleisten.

Wien Energie bezweifelt die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit des Ausgleichs zwischen „diesen Bilanzgruppen“, da lediglich der Mengenausgleich möglich ist, der stündliche Ausgleichenergiepreis der Stundenbilanzierer sich jedoch vom täglichen Ausgleichsenergiepreises der Tagesbilanzierer unterscheidet. Es ist daher unwahrscheinlich, dass solche Ausgleichs tatsächlich stattfinden werden, was wiederum eine Verschlechterung des status quo bedeuten würde.

- **§ 20 Bilanzgruppenmitgliedschaft**

In § 20 Abs 2 letzter Satz wird festgehalten, dass die Mitgliedschaft in mehreren Bilanzgruppen zulässig ist, jedoch ein Zählpunkt nur einer Bilanzgruppe angehören kann. Das System der Mehrfachmitgliedschaft von Marktteilnehmern in verschiedenen Bilanzgruppen ist nicht erforderlich und wird Seitens Wien Energie klar abgelehnt. Durch die neue Regelung, die eine Abkehr vom bestehenden System darstellt, wird ein erheblicher organisatorischer und administrativer Aufwand erwartet, wohingegen die Vorteile einer Systemänderung nicht ersichtlich sind. Wien Energie geht davon aus, dass mit den hier angesprochenen „Bilanzgruppen“ eigentlich die nach §18 Abs 10 zu bildenden „Untergruppen“ gemeint sind, weshalb eine diesbezügliche Klarstellung gefordert wird.

Zu § 20 Abs 5 Z 4 erlaubt sich die Wien Energie festzuhalten, dass die Erstellung der langfristigen Planung nicht Aufgabe des Bilanzgruppenverantwortlichen, sondern gemäß § 22 GWG 2011 jene des Verteilergebietsmanagers ist.

- **§ 23 Zuordnung von Kapazitäten zu Bilanzgruppen**

§ 23 Abs 1 hält fest, dass Netzbenutzer gebuchte Kapazitäten unterschiedlichen Bilanzgruppen zuordnen können, sofern sie Bilanzgruppenverantwortliche oder unmittelbare Bilanzgruppenmitglieder jener Bilanzgruppe sind, denen sie Kapazitäten zuordnen. Diese Bestimmung sollte sich lediglich auf die zu bildenden Untergruppen gemäß § 18 Abs 10 beziehen.

- **§ 27 Bilanzierung des Bilanzgruppenkoordinators**

Die im VO-Entwurf vorgesehene Ausgleichsenergieabrechnung erlaubt keine verursachungsgerechte Zuordnung der Kosten. Die für die Stundenbilanzierer relevanten stündlichen Ausgleichsenergiepreise nach §32 können durch VHP-Abrufe des Verteilgebietsmanagers aufgrund von Unausgeglichenheiten der Tagesbilanzierer beeinflusst werden. Darüber hinaus kommt es zu einer zeitlichen Verschiebung zwischen Unausgeglichenheiten im Netz und VHP-Abrufen bei Nutzung des Netzpuffers.

§ 27 Abs 6 hält die Wien Energie für nicht erforderlich, da diese Regelungen inhaltlich größtenteils bereits in § 28 Abs 1 festgehalten sind. Eine Löschung und eine entsprechende Ergänzung des §28 Abs 1 wird daher angeregt um Wiederholungen im Verordnungstext zu vermeiden.

- **§ 29 Netzkopplungsverträge und Netzpuffer**

Der Unterschied der Regelungsgegenstände in § 29 Abs 5 und Abs 6 sind nicht klar abgrenzbar. Eine Klarstellung und konsistente Terminologie ist für die Verständlichkeit der Verordnung unbedingt erforderlich.

In § 29 Abs 5 ist unklar, wie dem Verteilgebietsmanager die Kosten für Ausgleichsenergieabrufe am VHP zur Erfüllung des Rücklieferprogrammes ersetzt werden. Darüber hinaus ist – parallel zu § 27 Abs 5 – eine Klarstellung notwendig, dass das Rücklieferprogramm vorrangig im Wege der Nutzung des Netzpuffers zu erfolgen hat.

Aufgrund der gravierenden Änderung der gesamten Marktsystematik hält Wien Energie eine Verschiebung des Inkrafttretens der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 für geboten. Das geplante Inkrafttreten mit 1.1.2013, 6 Uhr und damit zum Jahreswechsel und mitten in der Heizperiode, stellt eine massive Gefährdung des Erhalts der Systemsicherheit dar.

Mit dem Ersuchen um Berücksichtigung und freundlichen Grüßen,

Wien Energie GmbH

Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG